

Niederschrift

zur 11. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 14.05.2020	18:30- 23:25 Uhr	e.dis-Arena, Hegelstraße 30, 15517 Fürstenwalde/Spree (Nord)

Anwesenheit

Vorsitz

Uwe Koch ,

Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda , Monika Fiedler , Peter-Martin Mattigk , Gerold Sachse , Stephan Wende ,

CDU-Fraktion

Gernot Geike , Karin Lehmann , Wolfgang Petenati , Jürgen Teichmann ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Kai Hamacher , Christina Krüger , Nancy Krüger ,

SPD-Fraktion

Dr. Dr. Franz H. Berger , Juliane Meyer , Sebastian Rausch , Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink ,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich , Enrico Biagini , Axel Fachtan , Jürgen Gebauer , Rolf Peter Hooge ,

Bürgermeister

Matthias Rudolph ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter Apitz ab 18.40 Uhr, Cornelia Behrmann , Bernd Saliter ,

Fraktionsloser Abgeordneter

Thomas Apitz ,

Verwaltung

Franka Koch , Anke Marggraf ,

Abwesend

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Sabine Niels entschuldigt,

FDP-Fraktion

Petra Schumann entschuldigt,

Verwaltung entschuldigt

Melanie Brückner , Christfried Tschepe , Stefan Wichary ,

Feststellung der Tagesordnung

TOP 1

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden recht herzlich und eröffnet die 11. Sitzung der SVV. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 29 Stadtverordnete (ab 18.35 Uhr) 30 und der Bürgermeister anwesend.

Zur Feststellung der Tagesordnung wird folgendes vorgetragen:

Nach Redaktionsschluss der Tagesordnung/Druck im Amtsblatt gingen zwei Anträge der AfD-Fraktion ein mit der Bitte, diese in die Ausschüsse zu verweisen. Es handelt sich um den Antrag 7/AN/177 Familienkarte Schwapp, familienfreundlichere Konditionen und Antrag 7/AN/178 Verkehrssituation in den Lange Straße. Des Weiteren hat die Fraktion DIE LINKE. einen Eilantrag gestellt. Es handelt sich um den Antrag 7/AN/180 Erklärung der SVV „Bleiben Sie vorsichtig!“.

Herr Wende beantragt im Namen der Fraktion DIE LINKE. den TOP 6.4 Bestellung einer Werkleitung für die FSF von der Tagesordnung zu nehmen, da weiterer Beratungsbedarf besteht. Die Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten ist als Anlage bis heute nicht eingestellt. Sie ist nur den Mitgliedern des HA bekannt (nichtöffentliche Sitzung).

Weiterhin stellt Herr Wende den Antrag, dass der TOP 11.3.1 Antrag der SPD-Fraktion zur Entscheidung der Verfahrensführung Stadt Fürstenwalde/KEGmbH in der öffentlichen Sitzung behandelt wird. Hier wird festgestellt, dass die einbringende Fraktion darauf besteht, diesen Tagesordnungspunkt zu behandeln, in der öffentlichen oder nichtöffentlichen Sitzung. Frau Wagner bekräftigt die Aktualität des Antrages und verweist auf die vom Bürgermeister eingebrachte DS zum Thema KEG. In diesem Kontext ist der Antrag gestellt worden.

Der Bürgermeister gibt zu Protokoll, dass die Tagesordnung in einigen Punkten nicht ihm Benehmen mit ihm erstellt wurde. Insbesondere sind die TOP 6.1.1 und 11.1 nicht ordnungsgemäß auf der TO, da sie nicht fristgerecht eingereicht wurden, aber fehlerhaft als eigener TOP benannt worden. Aus diesem Grund können sie heute nicht behandelt werden. Nur was ordnungsgemäß auf der TO steht, muss behandelt werden, dass kann hier nicht rechtsgültig der Fall sein.

Der TOP 6.4. Bestellung einer Werkleitung muss auf der TO bleiben, dürfte nur mit Einverständnis des Einbringers heruntergenommen werden. Der TOP 11.3.1 berührt nichtöffentliche Belange. Zur Eilbedürftigkeit des zusätzlichen Antrages der Fraktion DIE LINKE stellt der Bürgermeister fest, dass kein Schaden für die Stadt abzuwenden ist und demzufolge keine Eilbedürftigkeit festzustellen ist.

Der Vorsitzende betont, dass der Antrag 6.1.1 aufgrund des nicht fristgerechten Eingangs in der heutigen Sitzung nicht behandelt wird, sondern für die Verweisung in die Ausschüsse vorgesehen ist.

Herr Hamacher stellt einen GeschO-Antrag. Auch für ihn stellt der Antrag der Fraktion DIE LINKE keine Eilbedürftigkeit dar. Zum Antrag der SPD merkt er an, dass dieser seinerzeit von der öffentlichen in die nichtöffentliche Sitzung verwiesen, anschließend von der Fraktion zurückgezogen wurde.

Auch Herr Aulich betont, dass es sich nicht um eine Eilbedürftigkeit des Antrages der Fraktion DIE LINKE handelt.

Herr Wende erläutert die Eilbedürftigkeit mit einer sofortigen Reaktion auf Demonstrationen gegen die Kontaktbeschränkungen in der Covid-Pandemie und Verhaltensänderungen. Es reicht nicht, in einigen Wochen darüber zu befinden. Er appelliert an die Bevölkerung, sich nicht provozieren zu lassen, zu Hause zu bleiben, bleiben Sie vorsichtig! Daran sollte auch die Verwaltung ein Interesse haben, sich zugleich auch vor die MitarbeiterInnen vor allem des Ordnungsamtes stellen.

Herr Dippe verweist auf die Regelungen der Landesregierung, wonach in begrenztem Umfang Versammlungen und Demonstrationen wieder zugelassen sind. Demnach ist hier eine Eilbedürftigkeit (gesetzlich normiert) nicht begründet.

Frau Meyer kritisiert, dass aus dem Kreis der Stadtverordneten auch TeilnehmerInnen an Demonstrationen festzustellen waren. Deshalb ist dieses Thema hier in der Stadtverordnetenversammlung dringend und aufgrund der Aktualität zu erörtern.

Frau Meister, in der Rechtstelle der Stadt tätig, wird zu Rate gezogen. Sie führt aus, dass grundsätzlich Anträge auf der Tagesordnung stehen sollen, dass die Öffentlichkeit rechtzeitig informiert ist, dass sie der Debatte folgen kann, dass sie teilhaben kann an dem politischen Meinungsbildungsprozess. Es ist ein Grundsatz der demokratischen Meinungsbildung. Das darf nur in Ausnahmefällen, wenn Eilbedürftigkeit gegeben ist und Schäden für die Stadt drohen, ausgehebelt werden.

Unter diesem Aspekt wird nun über die Eilbedürftigkeit befunden. Der Vorsitzende schlägt vor, den TOP in einer gesonderten Sitzung zu behandeln. In der heutigen Sitzung wird er nicht behandelt werden.

Die einbringenden Fraktionen ziehen den TOP 6.2 Abberufung eines sachkundigen Einwohners zurück. Die Thematik der Berufung von sachkundigen EinwohnerInnen wird auf der TO der nächsten Sitzung stehen.

Der Vorsitzende macht den pragmatischen Vorschlag, sich generell über ethische Grundsätze zu unterhalten. Dazu zählt der Antrag der Fraktion DIE LINKE, dazu gehört die Debatte über den „guten Ton“ in der SVV und den sozialen Medien.

Herr Geike spricht sich ausdrücklich für eine Sondersitzung der SVV aus, in der diese Themen aufgegriffen werden.

Der Bürgermeister betont bezüglich des Antrages der SPD-Fraktion noch einmal, dass dieser den Status als Antrag (Eilantrag als Tischvorlage), seinerzeit über E-Mail am Abend des Hauptausschusses gestellt, abgewiesen wurde nicht wieder ordentlich aufgerufen wurde. Zumal dieser konträr zum Beschlussvorschlag ist, den die Verwaltung in der heutigen Sitzung vorstellt.

Frau Wagner legt Wert auf die Tatsache, dass der Antrag heute zu behandeln ist, an Aktualität nicht verloren hat. Nachdem der Bürgermeister den Ton wegnimmt, um zu unterbinden, dass Frau Wagner weiterhin die Fürsprache zum SPD-Antrag ausführen kann, bittet der Vorsitzende, das zu unterlassen.

Der Vorsitzende fasst die diskutierten Änderungen zur Tagesordnung zusammen, bevor über die so geänderte Tagesordnung abgestimmt wird.

Zustimmung mit Änderung Ja 20 Nein 9 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 2 Niederschriften

TOP 2.1 Niederschrift vom 5.3.2020

Zur Niederschrift vom 5.3.2020 gibt es keine Einreden.

TOP 2.2 Niederschrift vom 6.4.2020

Zur Niederschrift vom 6.4.2020 gibt es keine Einreden.

TOP 3 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende bittet die Fraktionen, ihr Votum für eine Sondersitzung der SVV mit dem Bürgermeister und dem Personalrat abzugeben. Dies kann per E-Mail an das SVV-Büro oder direkt an ihn erfolgen.

Er berichtet, dass die Glocken des St.-Marien-Domes am 22.4.2020 über 7 Minuten geläutet haben. Am 22. April vor 75 Jahren ist Fürstenwalde nämlich von der Roten Armee befreit worden.

Am 8. Mai fand ein stilles Gedenken am Internierungslager Ketschendorf auf Initiative von Herrn Fichtmüller statt. Er dankt den Personen, die aus diesem Anlass ebenfalls anwesend waren.

Abschließend informiert der Vorsitzende über Änderungen der Ausschussbesetzung für die BFZ-Fraktion:

Ausschuss für Haushaltsüberwachung und Bürgerbudget:
Herr Fischer und Herr Dippe

Ausschuss für Kultur, Bildung, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen
Frau Christina Krüger und Frau Niels

Ausschuss für Stadtentwicklung
Frau Jatzek und Herr Fischer

Hauptausschuss
Kai Hamacher, Nancy Krüger und Christian Dippe (alle weiteren Fraktionsmitglieder als Stellvertreter)

TOP 4 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister geht darauf ein, dass es aufgrund der Zulassung der Öffentlichkeit in der edis-Arena von Presse und Gästen nicht mehr möglich war, eine Sitzung gemäß der Brandenburgischen Notlagenverordnung durchzuführen. Die ursprüngliche Absprache zur Realisierung eines Livestreams bzw. einer Übertragung in den Festsaal war obsolet, zumal es Einspruch einer Stadtverordneter gab.

Der Bürgermeister gibt den Hinweis auf das Allen vorliegende Schreiben des Freundeskreises Haus Brandenburg, wonach eine Person oder eine Institution vorzuschlagen ist, die für die kontinuierliche Verbesserung der Verständigung zwischen Deutschland und Polen steht. Der Freundeskreis möchte diese Person oder Institution dann ehren mit einem Preis, der mit 3.000 € dotiert ist. Er bittet, entsprechende Vorschläge in den Fraktionen zu thematisieren.

Des Weiteren informiert er über Kitabeiträge und –essengeld. In der vorangegangenen Sitzung wurde beschlossen, die Kitabeiträge und das Essengeld für Kitas in kommunaler Trägerschaft nicht zu erheben und zu erlassen. Beide Beschlüsse wurden auch dahingehend gefasst für den Fall, dass die Kita-Notfallbetreuung über den Monat April hinaus ausgedehnt wird. Dieses gilt nun auch für den Monat Mai 2020.

Ab Juni 2020 soll regulär wieder erhoben werden.

Der Bürgermeister informiert über eine geplante Kooperation mit der Stadt Frankfurt (Oder) in der es um die Realisierung der Smart-City (Förderprogramm der Bundesregierung) und um die Digitalisierung in der Stadt geht. Man erhofft sich gemeinsam eine gute Förderquote, so wie das z.B. in Cottbus gelungen ist. Ein Letter of intent ist in Vorbereitung. Weitere Kooperationspartner sind die Viadrina und Bemühungen, weitere Kommunen zu gewinnen.

Der Bürgermeister gibt folgende Erklärung zum Thema Mobbing. Anlässlich mehrerer Presseartikel der hiesigen Presse zum Thema und dem auf der TO stehenden Antrag stellt er klar, dass bis zum 29.4.2020 und dem Vortrag einer einzelnen Person im Hauptausschuss der SV keinerlei Kenntnisse über Sachverhalte, die unter die Begriffe Mobbing oder Bossing fallen würden. Weder dem Personalrat waren nach eigenen Angaben solche Sachverhalte bekannt. Noch der Personalabteilung oder ihm als Behördenleiter.

Mobbing-Tatbestände haben keinen Platz in der Stadtverwaltung und sollten das generell nirgendwo in der Gesellschaft haben. „Dafür stehe ich deutlich ein und bin nicht umsonst seit letztem Jahr Botschafter der bundesweiten Kampagne Stoppt mobbing“.

Herr Rudolph betont, für die Stadt Fürstenwalde eine/n Mobbingbeauftragte/n für die Belange aller von Mobbing betroffener EinwohnerInnen berufen zu wollen.

Der Bürgermeister dankt den EinwohnerInnen der Stadt in dieser Zeit, in der sich jeder mehr oder weniger eingeschränkt fühlt. Der Disziplin und gegenseitigen Rücksichtnahme ist es zu verdanken, dass seit dem 29.4.2020 keine weitere Infektion nachgewiesen werden konnte. In Fürstenwalde gibt es seit Beginn der Pandemie 13 nachgewiesene Fälle. Das ist als größte Stadt im Landkreis ein guter Schnitt. Es bleibt abzuwarten, wie sich die jetzigen Lockerungen auswirken.

Die Verwaltung wird intern alle ihre ergriffenen Maßnahmen (Teambildung u.ä.) nicht vor dem 8. Juni überdenken oder beenden, um die Arbeitsbereitschaft aufrecht zu erhalten.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Herr Tobias Vorwachs (mit der Tonaufzeichnung und Wiedergabe einverstanden) spricht über die mit Herrn Mattigk gemeinsam gestartete Initiative „Füwa hilf“, um seit etwas mehr als 2 Monaten besonders älteren Menschen zu helfen. Er hat festgestellt, dass häufig vorkommt, dass andere Personen den Mindestabstand und das Tragen des Mundschutzes nicht einhalten.

Er fragt die CDU-Fraktion, ob es bekannt ist, dass Versicherungsvertreter vom Corona-Virus besonders häufig angegriffen werden?

Er fragt Herrn Hamacher, welche Eissorte am besten neben einer Demonstration schmeckt?

Er fragt Herrn Fischer, warum er mit seinem kleinen Kind zu Mai-Demonstrationen geht?

Herr Wolfgang Riebe (mit der Tonaufzeichnung und Wiedergabe einverstanden) spricht nach einem MOZ-Artikel am heutigen Tag in der Sitzung. Seit dem 23.3.2020 –dem Außerkraftsetzen wesentlicher Grundrechte- beobachtet er das politische und gesellschaftliche Leben bei unseren Nachbarn sehr genau. Hauptaugenmerk ist dabei auf das Gesundheitssystem gerichtet. Ob und wie das neue Virus einzustufen ist, war ihm am Anfang nicht ganz klar. Heute ist er der Auffassung, dass es an der Zeit ist, den Lockdown zu beenden und die Grundrechte wieder herzustellen.

Er appelliert an alle Fraktionen und den Bürgermeister eine entsprechende Erklärung an die Landesregierung zu verfassen und damit einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung der Spaltung unseres Landes zu leisten.

Herr Roland Schulze (mit der Tonaufzeichnung und Wiedergabe einverstanden) spricht zum schlechten Zustand des Gehweges rund um die Einkaufsmöglichkeiten in der R.-Breitscheid-Straße. Insbesondere für die älteren Menschen aus der Gottfried-Keller-Straße stellen die Fußwegbedingungen unüberwindbare Hürden dar. Er fragt, wann hier Abhilfe geschaffen wird.

Der Bürgermeister berichtet zu der berechtigten Frage, dass man in der Verwaltung gegenwärtig mit der Planungsphase beschäftigt sei, um dort die Gegebenheiten inkl. Radweg aufzuwerten.

Allerdings ist mit einer kurzfristigen Lösung nicht zu rechnen. So es gelingt, Fördermittel einzuwerben, ist die Realisierung frühestens in 2021 geplant.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 Benennung von Anträgen für nachfolgende Sitzungen

**TOP 6.1.1 gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE und SPD Benennung 7/AN/166
einer/eines unabhängigen Beauftragten für von Mobbing betroffenen
Mitarbeiter/Innen der Stadtverwaltung Fürstenwalde/Spree und ihrer
Gesellschaften**

Verweisung

**TOP 6.2 gemeinsamer Antrag der Fraktionen FDP, BfZ und Bündnis 90/Die Grü- 7/AN/165
nen sowie des Stadtverordneten Thomas Apitz (Die Partei): Abberufung
eines sachkundigen Einwohners**

Zurückziehung

**TOP 6.3 Antrag der FDP-Fraktion: Errichtung von Wohnmobil-Stellplätzen auf 7/AN/129
dem Spree-Parkplatz (August-Bebel-Straße)**

Verweisung

**TOP 6.4 Bestellung einer Werkleitung für die Fürstenwalder Sport- und 7/DS/159
Freizeiteinrichtung - Kommunalen Eigenbetrieb**

Zu diesem TOP ist Herr Sebastian Fröbrich anwesend.

Der Bürgermeister erläutert, dass die Stadt für ihren Eigenbetrieb FSF eine Werkleitung ausgeschrieben hat. Mit der heutigen DS schlägt der Bürgermeister Herr Fröbrich zur Bestellung als Werkleiter vor. Er hat sich durch ein sehr anspruchsvolles Bewerbungsverfahren als geeignetester Kandidat hervorgetan. Die Besetzung soll zum 1.7.2020 erfolgen.

Der Bürgermeister erläutert weiterhin, dass die Beteiligung von Personalrat, Schwerbehindertenvertretung und GBA den gesetzlichen Vorschriften entsprechend erfolgt ist. Allein die Stellungnahme der GBA liegt nicht allen Mitgliedern der SVV vor, was jedoch kein Grund darstellt, ihm die Stellung zu versagen. Ergänzend fügt er an, dass die GBA, die das Recht für sich in Anspruch nimmt, nach § 18 der KommVerf des Landes Brandenburg ihre Auffassung dem Gremium zuzuleiten oder mündliche Ausführungen zu unterbreiten.

Frau Fiedler fragt nach, warum die Stellungnahme der GBA nicht schriftlich vorliegt?

Dazu führt der Bürgermeister aus, dass diese Punkte beinhaltet, bei denen er sich veranlasst sah, seine Pflicht zur Fürsorge für andere Personen, die direkt und unmittelbar erwähnt worden sind, geltend zu machen. Zu keinem Zeitpunkt hat er die GBA gehindert, sich an die Stadtverordneten zu wenden. So wurde die Stellungnahme bereits im Hauptausschuss mündlich vorgetragen und diskutiert.

Herr Wende kritisiert, dass der Bürgermeister die GBA angewiesen hat, ihre Stellungnahme zu ändern und nicht zu veröffentlichen. Außerdem bringt er zum Ausdruck, dass die durch den Bürger-

meister vermeindlich zu schützende Person maßgeblich an dem Bewerbungsverfahren beteiligt war. Er vertritt die Auffassung, dass das Verfahren noch zu viele Fragen aufwirft und die eingereichte DS unvollständig ist. Er beantragt im Namen seiner Fraktion, diese deshalb heute nicht zu beschließen.

Die Debatte veranlasst Herrn Hamacher, sich zur GeschO zu melden und die Herstellung der Nichtöffentlichkeit zu fordern, wenn es weiterhin um konkrete Personen geht.

Herr Fischer spricht gegen den Antrag der Links-Fraktion und begründet, dass die GBA sich jederzeit hätte, an alle Stadtverordneten wenden können. Die Stellungnahme hat sogar den Weg in die Öffentlichkeit und die Presse gefunden.

Der Vorsitzende ruft zur Ruhe und Besonnenheit und lässt darüber abstimmen, dass sich Herr Fröbrich vorstellt.

Dem wird mit 26 Ja- und 5 Gegenstimmen entsprochen.

Herr Fröbrich ist 34 Jahre alt und verheiratet.

Er ist Diplom-Wirtschaftsjurist und hat der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin studiert. Seine bisherige berufliche Laufbahn führte ihn nach Eberswalde als Sachbearbeiter in der Beteiligungsverwaltung, nach Strausberg als FG-Leiter Wirtschaftsförderung, Kultur und Tourismus, später als Kämmerer, zweiter stellv. Bürgermeister und FB-Leiter zentrale Dienste. Im Jahre 2018 wechselte er zur Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg, dort ist er als Leiter zentrale Dienste für fast 100 Mitarbeiter angestellt und zuständig und im Rahmen der Tätigkeit GF für die Hausgemeinschaft Pappelallee.

Er bewirbt sich mit seinem Erfahrungsschatz, um ein kommunales Unternehmen zu leiten.

Der Vorsitzende berichtet, dass sowohl VertreterInnen des Personalrates als auch die GBA anwesend sind und um Rederecht bitten. Sie werden sich mit ihren Ausführungen nichtöffentlich äußern.

Der Vorsitzende bittet die Gäste um Verständnis und bittet sie, die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Im Anschluss wird nichtöffentlich debattiert.

Für die Niederschrift wird an dieser Stelle auf die Ausführungen einer separaten nichtöffentlichen Niederschrift verwiesen.

Anschließend wird die nichtöffentliche Diskussion beendet und die Öffentlichkeit wieder hergestellt.

TOP 6.4.1 Einsetzen der Wahlkommission und Durchführung der Wahl

Der Wahlkommission tritt unter Leitung von Herrn Dippe zusammen. Frau Behrmann, Herr Fachtan, Herr Dr. Berger, Herr Mattigk und Frau Lehmann.

Die Wahl wird vorbereitet. Wahlkabine und leere Wahlurne stehen bereit. Dann werden die Stadtverordneten aufgerufen, um die Wahlkabine aufzusuchen.

Nachdem alle gewählt haben, beendet Herr Dippe diesen Wahlgang. 30 Stadtverordnete und der Bürgermeister haben gewählt. Zwei Stadtverordnete sind entschuldigt.

Die Wahlkommission zieht sich zum Auszählen zurück. Diesen Vorgang kann jeder bei Interesse mitverfolgen.

Um 22.32 Uhr stellt Herr Dippe fest, dass 31 Stimmen abgegeben wurden. Es gab keine ungültigen Stimmen. Auf Sebastian Fröbrich entfielen 18 Ja und 13 Nein-Stimmen. Damit ist er gewählt.

Herr Fröbrich erklärt, die Wahl anzunehmen.

TOP 6.5 Beschlussfassung zu einer Kooperationsvereinbarung zur Erarbeitung eines landesplanerischen Konzeptes zur strategischen Entwicklung des regionalen Umfeldes der geplanten TESLA-Ansiedlung in Grünheide (Mark) 7/DS/161

Es besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/ Spree beauftragt den Bürgermeister die Projektvereinbarung zur Durchführung und Finanzierung eines Konzeptes zur strategischen Entwicklung des regionalen Umfeldes der geplanten TESLA-Ansiedlung in Grünheide (Mark) gemäß anhängendem Entwurf zu unterzeichnen.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.6 OWF - Ostbrandenburgische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH; 7/DS/158 hier: Kündigung der Beteiligung

Auf die Nachfrage von Frau Wagner zu dem in diesem Zusammenhang stehenden Antrag der BFZ zur Übertragung weiterer Aufgaben an die OWF erläutert der Bürgermeister, dass in der Tat sehr ausführlich darüber diskutiert worden ist. Allerdings hat die Prüfung anderer Wege und Möglichkeiten im Ergebnis ergeben, dass für die Stadt Fürstenwalde ausschließlich mit dem LEADER-Förderprogramm wenig erfolgreich ist. An die Gesellschafter wurden auch Schreiben zur Übernahme der Gesellschafteranteile gerichtet, alle außer dem Landkreis haben darauf reagiert. Aber auch eine Übernahme führt dazu, dass die Stadt immer noch nur Anteile unter 50 % halten würde und mehr finanzieren müsste, ohne Einfluss auf die Gesellschaft zu haben. Aus Sicht des Bürgermeisters ist die Idee gescheitert, die OWF mehr zu einem Dienstleister zu gewinnen.

Herr Wende bittet um einen kurzen Ausblick, was an Stadtmarketing, Kultur, Wirtschaftsförderung und anderen Aufgaben benötigt und in eine evtl. andere Gesellschaft eingebracht wird. Er persönlich findet es den falschen Weg, der OWF zu kündigen, weil interkommunale Zusammenarbeit gelebt, gepflegt und entwickelt werden muss. Im Zusammenhang mit dem LEADER-Programm spricht er die Anger-Gestaltung in Molkenberg an, wo es nicht vorwärtsgeht.

Herr Mattigk hat eine ähnliche Frage und zwar, in welche bestehende städtische Gesellschaft diese Aufgabenbereiche integriert werden können oder ob eine neue Gesellschaft begründet würde.

Der Bürgermeister führt aus, dass die OWF ihre Aufgaben auch weiterhin als Dienstleister z.B. für die LEADER-Förderberatung wahrnehmen wird.

Für die Zukunftsaussichten gibt es ein Positionspapier, über das jetzt dann weiterentwickelt und diskutiert werden muss. Eine Perspektive wäre z.B. die GIP GmbH und deren zukünftige Aufstellung.

Beschluss:

Der Bürgermeister der Stadt Fürstenwalde/Spree wird beauftragt, die Beteiligung an der OWF Ostbrandenburgische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH fristgemäß zum 31.12.2020 zu kündigen.

Zustimmung Ja 26 Nein 4 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 6.7 Neufassung der Satzung über die Versorgung mit Mittagessen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung in Trägerschaft der Stadt Fürstenwalde/Spree 7/DS/144

Ursprünglich war die Neufassung der Satzung ab 1.5.2020 geplant. Aufgrund der aktuellen Entwicklung und der Nichterhebung von Essenbeiträgen soll sie ab 1.6.2020 gelten.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage aufgeführte Satzung über die Versorgung mit Mittagessen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung in Trägerschaft der Stadt Fürstenwalde/Spree in folgender Variante:
 - 1.1. Variante I (Anlage 1)
2. Der Preis für das Mittagessen in Grundschulen in städtischer Trägerschaft wird wie folgt festgesetzt:
 - 2.1. Einheitlich in Höhe von 1,80 Euro
3. Kinder, die aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen mit Sonderkost verpflegt werden, zahlen Essengeld in der Höhe der durchschnittlich ersparten Eigenaufwendungen, die für die Einrichtung in der sie betreut werden gelten.

Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.8 Bebauungsplan Nr. 117 "Wohnen im Heideland I" hier: Aufstellungsbeschluss 7/DS/154

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 117 „Wohnen im Heideland I“ für das Gebiet der Flurstücke 240/1 teilweise, 240/3, 244 teilweise, 245 teilweise, 249, 251, 252/1, 252/2, 254 teilweise, 255, 256, 257, 258, 260, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 269/2, 269/4, 269/5, 269/6, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277 teilweise, 278, 279 teilweise, 280/1, 280/2, 281, 283/1, 283/2, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291/1, 291/2, 291/3, 292, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302/1, 302/2, 303, 304, 305, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 388, 389, 390, 391, 392, 393 der Flur 32; Gemarkung Fürstenwalde/Spree.
2. Der Bebauungsplan soll im Regelverfahren nach dem Baugesetzbuch mit Umweltbericht aufgestellt werden.

Zustimmung Ja 30 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 1

TOP 6.9 Ausführungsbeschluss für das Bauvorhaben Grünanlage Ketschen-dorfer Feldmark 1. Abschnitt 7/DS/155

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ausführung des Bauvorhabens Grünanlage Ketschendorfer Feldmark 1. Abschnitt entsprechend der vorliegenden Ausführungsplanung.

Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.10 32. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde / 7/DS/157 Spree (Lange Straße / An der Kohlenbahn), hier: Einleitungsbeschluss

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB die Einleitung des Verfahrens zur 32. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree.

Zustimmung Ja 29 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.11 vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 67 "Vollsortiment- 7/DS/156 Lebensmittelmarkt Lange Straße", hier: Aufstellungsbeschluss

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 67 „Vollsortiment-Lebensmittelmarkt Lange Straße“ der Stadt Fürstenwalde/Spree für das Gebiet Flur 150 Flurstücke 435 und 436 tw., Flur 149 Flurstück 59 tw..

Zustimmung Ja 28 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7 Informationen der Verwaltung

Die Verwaltung verzichtet auf Informationen.

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Herr Mattigk fragt nach dem Stand der Umsetzung der Verwaltungsstrukturreform. Der Bürgermeister führt aus, dass die Umsetzung der neuen Verwaltungsstruktur zum 1.4.2020 starten sollte. Aufgrund des momentanen Krisenmodus wurde die weitere Vorbereitung dafür ausgesetzt. Vor dem 8.6. wird es darüber auch keine erneute Entscheidung geben. Die Besetzungsverfahren für die Dezernentenstellen werden bislang auch nicht weitergeführt. Die Bewerber sind diesbezüglich kontaktiert worden.

Herr Rausch moniert, dass er sich zum Umsetzen eines Livestreams nichtöffentlich im HA geäußert hatte. Der Bürgermeister war eingangs darauf eingegangen, worin Herr Rausch einen Verstoß gegen die Nichtöffentlichkeit von Informationen sieht.

Der Bürgermeister geht kurz darauf ein und meint, Herr Rausch habe jetzt selbst dazu beigetragen, diese Information öffentlich zu machen.

Herr Rausch kritisiert die Diskussion um die Einführung eines Livestreams mit dem noch offenen Prüfauftrag an den Bürgermeister einerseits und der gezielten Abfrage in der nichtöffentlichen Sitzung des HA. Das entbindet den Bürgermeister in keiner Weise von der Einhaltung der Nichtöffentlichkeit. Er behält sich weitere Schritte vor und bringt seine Verärgerung zum Ausdruck, dass für den Bürgermeister offensichtlich andere Rechte gelten als für jeden Stadtverordneten.

Herr Aulich fragt, ob es bezüglich der Gewerbetreibenden in der Leistikowstraße inzwischen einen neuen Stand gibt.

Der Bürgermeister berichtet, dass die GIP als Vermieter der Liegenschaft weiterhin im Gespräch mit den Gewerbetreibenden ist, allerdings zeichnet sich noch nicht für alle eine Lösung ab.

Der Bürgermeister nimmt die Nachfrage nochmals mit.

Herr Wende fragt, wie sich die Fraktionen für eine Sondersitzung/Aussprache mit dem PR positioniert haben.

Die CDU-Fraktion ist für eine Sondersitzung, die FDP, Thomas Apitz, die AfD, Bündnis 90/Die Grünen, die LINKE., die SPD und auch die BFZ-Fraktion sprechen sich ebenfalls dafür aus.

Zur Teilnahme des Ersten Beigeordneten bzw. des FBL Stadtentwicklung bzw. der vollständigen Verwaltungsspitze befragt, erinnert er an die Teamgliederung und die genannten Personen sind Team orange. Die Verwaltungsspitze ist auf ein Minimum reduziert.

Herr Wende fragt weiterhin, in welcher Höhe Kosten für den externen Dienstleister im Rahmen der Bewerberauswahl angefallen sind.

Der Bürgermeister informiert zunächst, dass die Anzeige 3.000 € gekostet hat. Die weiteren Informationen werden nachgereicht.

Herr Wende fragt nach, welche externe Gruppe im SCHWAPP mit Evaluations- und Prüfprozessen beschäftigt ist?

Der Bürgermeister bestätigt, dass geprüft wird, ob das Personal in den Tarif ÖD überführt werden kann, wie das funktionieren könnte etc. Das Ergebnis wird in Kürze den Stadtverordneten zur Verfügung gestellt.

Herr Dippe stellt im Rahmen der SVV deutlich und unmissverständlich klar, dass sich die BFZ-Fraktion von rechtem und extremistischem Gedankengut distanziert. Er stellt außerdem klar, dass sich jemand diesbezüglich vor dem Gebäude geäußert hat, es handelt sich um kein Mitglied der BFZ.

Im Zusammenhang mit den Eindämmungsmaßnahmen werden, so seine Einschätzung, die Kinder und Jugendlichen aus dem Blickfeld verloren. Es ist festzustellen, dass es weder für die Kitas noch für die Grundschule einheitliche Vorgaben und Konzepte seitens der Landesregierung gibt, die Kita-Notbetreuung kann nicht umfänglich gewährleistet werden und die Schulen sind organisatorisch überlastet. Aus diesem Grund könnte die Verwaltung eine koordinierende Rolle übernehmen, um zur Verbesserung der Situation beizutragen. Er formuliert einige Fragen, die gerne in der nächsten Sitzung des KuS thematisiert werden sollen.

Herr Sachse ergänzt dazu, dass die Regelbetreuung in den Kitas wieder eingeführt werden muss, da die Eltern arbeiten gehen und dringend darauf warten.

Der Bürgermeister berichtet, dass die Kita geschlossen und nur die Notbetreuung ausgeschlossen ist. Er bittet die Kanäle in die Landesregierung zu nutzen, denn nur dort kann etwas geändert werden.

Frau Fiedler erinnert an die Anfrage bezüglich der anstehenden Klagen. Sie bittet um eine schriftliche Beantwortung. Außerdem bittet sie im nächsten KuS ausführlich über die Schulsituation in der jetzigen Pandemiezeit zu berichten, wann SchülerInnen wieder zur Schule kommen können etc.

Frau Meyer informiert, dass sie zum 1.7.20 in ein Arbeitsverhältnis bei der RA Kanzlei Dombardt RA nach Potsdam eintritt. Das ist eine Wirtschaftskanzlei mit dem Schwerpunkt des öffentlichen Rechts und sie bittet, das bei der Freigabe nichtöffentlicher Informationen über mögliche Klageverfahren zu berücksichtigen.

TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende beendet die öffentliche Sitzung um 23.25 Uhr. Die Niederschrift umfasst 12 Seiten.

Uwe Koch

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin